



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) › [Staatskanzlei](#) › [Bayern in Berlin](#) › **Plenarsitzungen im Bundesrat**

## Bundesratssitzungen

### Bessere Ausstattung der Bundeswehr / Staatsminister Dr. Herrmann fordert wichtige Nachbesserungen

8. April 2022

Die Länderkammer befasste sich im sogenannten 1. Durchgang mit mehreren Gesetzentwürfen der Bundesregierung:

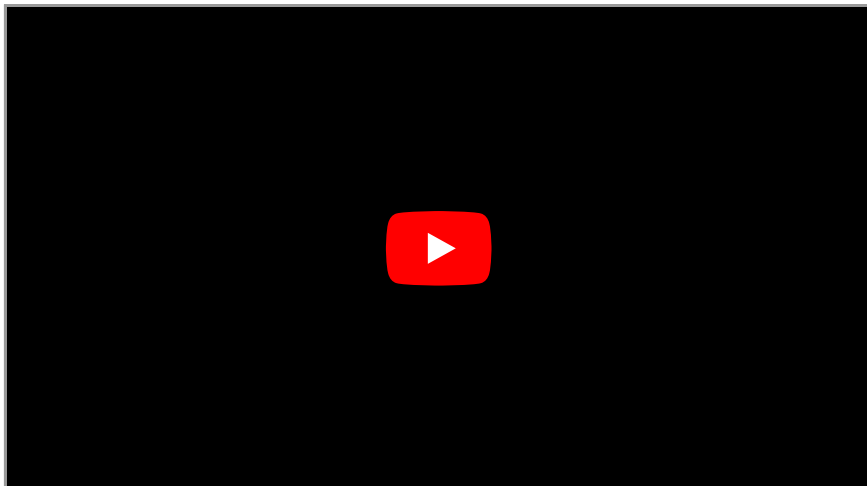
Die **Gesetzentwürfe zur besseren Ausstattung der Bundeswehr** werden aus Sicht der Staatsregierung **grundsätzlich begrüßt**, da Investitionen in Rüstungsvorhaben sicherheitspolitisch dringend geboten sind. **Bayerns Bundesratsminister und Leiter der Staatskanzlei Dr. Florian Herrmann** mahnte in seiner **Rede** jedoch **wichtige Nachbesserungen** an und forderte, die einmalig zur Stärkung der Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit vorgesehenen 100 Mrd. EUR ausschließlich für die bislang unzureichende Ausstattung der Bundeswehr einzusetzen und das 2 %-NATO-Ziel dauerhaft einzuhalten.



Staatsminister Dr. Florian Herrmann bei seiner Rede bei der 1019. Sitzung im Bundesrat



Angesichts der insbesondere **im Energiebereich gestiegenen Verbraucherpreise** sieht die Bundesregierung **zur Entlastung der Bürgerinnen und Bürger verschiedene steuerliche Erleichterungen** vor. Maßnahmen wie die Anhebung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags (um 200 EUR auf 1.200 EUR) sowie des Grundfreibetrags (um 363 EUR auf 10.347 EUR) sind zu begrüßen. **Staatsminister Dr. Florian Herrmann** forderte jedoch in einer Rede **weitere dringend erforderliche Maßnahmen** wie den **vollständigen Ausgleich der sog. kalten Progression**, den Ausgleich der stark gestiegenen Kraftstoffpreise durch **Anhebung der Entfernungspauschale ab dem ersten Kilometer** auf 38 Ct. (derzeit 30 Ct. bzw. ab 21. km 35 Ct.) sowie die **Dynamisierung der Entfernungspauschale** mit Blick auf künftige Preissteigerungen. Er wies zudem auf die Notwendigkeit zielgerichteter Entlastungsmaßnahmen für die Wirtschaft hin.



Staatsminister Dr. Florian Herrmann und Justizminister Georg Eisenreich

Aus **bayerischer Sicht abzulehnen** sind die von der Bundesregierung auf den Weg gebrachten **Neuregelungen der Sanktionen in der Grundsicherung für Arbeitssuchende**. Mit einem sog. Sanktionsmoratorium sollen künftig bei Verstoß gegen Hartz-IV-Mitwirkungspflichten (z. B. bei Nichtannahme einer vermittelten

Arbeitsstelle) die Rechtsfolgen (wie etwa Kürzungen des Regelbedarfs) bis zur Einführung eines Bürgergeldes außer Kraft gesetzt werden. Die Staatsregierung sieht dies als **Bruch mit dem Grundsatz des „Förderns und Forderns“** an und hat dies in einer **Protokollerklärung** deutlich gemacht.



Abschließend und **mit bayerischer Stimme billigte der Bundesrat die einmalige Erhöhung des Heizkostenzuschusses für Geringverdiener aufgrund stark gestiegener Energiepreise**. Die **Staatsregierung** hatte sich zuvor in einem Antrag für eine **Klimakomponente im Wohngeld** eingesetzt, um einkommensschwache Haushalte dauerhaft zu entlasten. Das Plenum folgte dieser Empfehlung.

Im Gespräch: Ministerpräsident Reiner Haselhoff und Staatsminister Dr. Florian Herrmann

Zur **Herstellung der Versorgungssicherheit mit Erdgas** billigte die  
Länderkammer – ebenfalls mit Stimme Bayerns – Änderungen im Energiewirtschaftsrecht.

Vor dem Hintergrund der zunehmenden Verknappung von Primärbaustoffen hat die **Staatsregierung** einen **Entschließungsantrag** eingebracht, der auf **die stärkere Nutzung der Potenziale von Recycling-Baustoffen** abzielt.

- [zur BR-Entschließung](#)
- [zu den Voten](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

